

# Gemeinde Lindlar



Auskunft erteilt: Oliver Flohr  
Geschäftszeichen:  
Zimmer Nr.: 400  
Telefondurchwahl: (02266) 96 408  
Telefax: (02266) 96 7 408  
E-Mail: [oliver.flohr@gemeinde-lindlar.de](mailto:oliver.flohr@gemeinde-lindlar.de)  
Homepage: <http://www.lindlar.de>

Lindlar, den 23. Dezember 2010

## Niederschrift

Sehr geehrte Damen und Herren,  
anbei erhalten Sie die Niederschrift zur Kenntnisnahme.  
Mit freundlichen Grüßen

Dr. Hermann-Josef Terbroke  
Bürgermeister

Gremium	Sitzungs-Nr.
<b>Haupt- und Finanzausschuss</b>	<b>9</b>
Sitzungsort	Sitzungstag
Sitzungssaal des Rathauses, Borromäusstr. 1, 51789 Lindlar 4. Obergeschoss, Raum 402	08.12.2010
Sitzungsbeginn	Sitzungsende
17.45 Uhr	20.52 Uhr

<b>Anwesend:</b>	<b>Entschuldigt fehlten:</b>
<p>Vorsitzender</p> <p>Tebroke, Dr. Hermann-Josef</p>	<p><b>CDU-Fraktion:</b> Walter, Ortwin</p>
<p><b>Mitglieder</b></p> <p><b>CDU-Fraktion:</b> Broich, Elisabeth Fischer, Achim Heller, Guidor Krieger, Dr. Klemens (kommt um 18.00 Uhr) Kümper, Manfred Orbach, Harald Orbach, Wilfried Puschatzki, Eckhard Schmitz, Hans Stadler, Wolfgang</p> <p><b>SPD-Fraktion:</b> Dreiner-Wirz, Jürgen Freiberg, Lutz Thiem, Heinrich Voß, Heribert</p> <p><b>Bündnis 90/Die Grünen:</b> Heuwes, Patrick Schlichtmann, Jörg</p> <p><b>FDP-Fraktion:</b> Friese, Harald Lob, Erika</p>	

<p><b>von der Verwaltung:</b> Flohr, Oliver Hütt, Werner Käsbach, Harald Urspruch, Ralf</p>	
---	--

# behandelte Tagesordnung

**zur 9. Sitzung des  
Haupt- und Finanzausschusses  
der Gemeinde Lindlar  
am 08.12.2010**

<b>TOP</b>	<b>Beratungsgegenstand - Öffentlicher Teil -</b>
1.	Feststellung der form- und fristgerechten Einberufung und Beschlussfähigkeit des Haupt- und Finanzausschusses
2.	Bestellung einer Schriftführerin / eines Schriftführers für die Sitzungen des Haupt- und Finanzausschusses
3.	Berichterstattung über die Durchführung der Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses vom 23.11.2010 <i>- öffentliche Sitzung -</i>
4.	Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 23.11.2010 <i>- öffentliche Sitzung -</i>
5.	Haushaltsplan 2011 hier: Anfragen, Anregungen und Anträge der Fraktionen
6.	Veränderungsnachweis aufgrund von Fachausschussbeschlüssen bzw. aktualisierten Verwaltungsempfehlungen
7.	Haushaltssatzung 2011
8.	Stellenplan 2011
9.	Interkommunale Zusammenarbeit hier: Sachstandsbericht
10.	Antrag des SV Linde 1957 e.V. zur Erhöhung des Zuschusses zu den Betriebswirtschaftungskosten des Umkleidegebäudes am Sportplatz Linde
11.	Informationen der Verwaltung
12.	Verschiedenes
<b>TOP</b>	<b>Beratungsgegenstand - Nichtöffentlicher Teil -</b>
13.	Berichterstattung über die Durchführung der Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses vom 23.11.2010 <i>- nichtöffentliche Sitzung -</i>
14.	Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 23.11.2010 <i>- nichtöffentliche Sitzung -</i>
15.	Verkauf des alten Bauhofgeländes Am Bolzenbacher Kreuz
16.	Informationen der Verwaltung
17.	Verschiedenes

## Öffentlicher Teil

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 17.45 Uhr. Er begrüßt die Ausschussmitglieder, die anwesenden Zuschauer sowie die Vertreter der Presse.

Er verweist auf die mit Schreiben vom 3. Dezember 2010 nachgesandte Sitzungsunterlage

**zu TOP 5: Haushaltsplan 2011**  
**hier: Anfragen, Anregungen und Anträge zum Haushalt 2011**

und auf die mit Schreiben vom 06. Dezember 2010 nachgesandten Sitzungsunterlagen

**zu TOP 5: Haushaltsplan 2011**  
**hier: Anfragen, Anregungen und Anträge zum Haushalt 2011**  
**- Anlage 3 -,**

**zu TOP 3: Berichterstattung über die Durchführung der Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses vom 23.11.2010**  
**- öffentliche Sitzung -**

und zu

**TOP 13: Berichterstattung über die Durchführung der Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses vom 23.11.2010**  
**- nichtöffentliche Sitzung -.**

Er verweist zudem auf die Tischvorlagen zu TOP 5 (grün), TOP 6 (gelb), TOP 7 (orange), TOP 11 (blau) und den Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen (weiß).

**Zu TOP 1:**

**Feststellung der form- und fristgerechten Einberufung und Beschlussfähigkeit des Haupt- und Finanzausschusses**

Der Vorsitzende stellt die form- und fristgerechte Einberufung und Beschlussfähigkeit des Haupt- und Finanzausschusses fest.

**Zu TOP 2:**

**Benennung eines Schriftführers**

**Beschluss:**

Als Schriftführer für die Sitzungen des Haupt- und Finanzausschusses wird bis auf Weiteres der Allgemeine Vertreter, Herr Oliver Flohr bestellt.

<b>Abstimmungsergebnis:</b>	einstimmig
-----------------------------	------------

**Zu TOP 3:****Berichterstattung über die Durchführung der Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses vom 23.11.2010 - öffentliche Sitzung -**

Hierzu gibt es keine Fragen oder Anmerkungen.

**Zu TOP 4:****Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 23.11.2010 - öffentliche Sitzung -**

Da keine Einwände oder Beanstandungen vorgebracht werden, stellt der Vorsitzende die Richtigkeit der Niederschrift über die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 29.09.2010 - öffentlicher Teil - fest.

**Zu TOP 5:****Haushaltsplan 2011****hier: Anfragen, Anregungen und Anträge der Fraktionen**

Auf die Sitzungsvorlage wird verwiesen.

Der Bürgermeister schlägt vor, die 117 Anfragen, Anträge und Anträge zum Haushalt 2011 Seite für Seite durchzugehen und bei Bedarf zu erörtern.

**Beschluss (Ziff. 24):**

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob eine Beteiligung Dritter an den Unterhaltungskosten der Forst- und Wirtschaftswege rechtlich möglich ist.

<b>Abstimmungsergebnis:</b>	einstimmig
-----------------------------	------------

**Beschluss (Ziff. 41)**

Die Verwaltung soll weiterhin, wie bereits in der Fachleitersitzung im Mai 2010 geschildert, den Literatur- und Zeitschriftenbestand kritisch prüfen und auf das jeweils zwingend erforderliche Maß reduzieren. Bevorzugt sind elektronische Medien einzusehen.

<b>Abstimmungsergebnis:</b>	einstimmig
-----------------------------	------------

(Die Aufstellung wird als Anlage 1 beigefügt):

**Beschluss (Ziff. 48):**

Der Haushaltsansatz von 2013 in Höhe von 60.000 € wird gestrichen.

<b>Abstimmungsergebnis:</b>	einstimmig
-----------------------------	------------

**Beschluss (Ziff. 57):**

Der Haushaltsansatz wird bis zur Entscheidung, ob ein eigenes Jugendamt in Lindlar eingerichtet wird, gesperrt.  
Siehe auch Ziffer 69.

<b>Abstimmungsergebnis:</b>	einstimmig
-----------------------------	------------

**Beschluss (Ziff. 69):**

Der Haushaltsansatz wird gesperrt.

<b>Abstimmungsergebnis:</b>	einstimmig
-----------------------------	------------

**Beschluss (Ziff. 83):**

Die Position „549300 Anschaffung von Büchern und Medien“ wird um 5.000 € erhöht.

<b>Abstimmungsergebnis:</b>	Nein-Stimmen	13
	Enthaltungen	3
	Ja-Stimmen	3

Darüber hinaus werden 1.000 € (ursprünglich 3.000 €) für Maßnahmen der Mitarbeitermotivation usw. wie Ausflüge u. ä. zur Verfügung gestellt.

<b>Abstimmungsergebnis:</b>	Nein-Stimmen	14
	Enthaltungen	3
	Ja-Stimmen	2

**Beschluss (Ziff. 105):**

Die Entwicklungen des Raumbedarfs angesichts sinkender Schülerzahlen und veränderlicher pädagogischer Erfordernisse werden weiter beobachtet und mit den Schulleitungen ggfs. nötige oder sinnvolle Anpassungsmaßnahmen vorgeschlagen.

<b>Abstimmungsergebnis:</b>	einstimmig
-----------------------------	------------

**Beschluss (Ziff. 107):**

Der Haushaltsansatz wird im Veränderungsnachweis abgesetzt.

<b>Abstimmungsergebnis:</b>	einstimmig
-----------------------------	------------

Der Antrag zu Ziff. 108 wird seitens der CDU-Fraktion zurückgezogen, da dieser von der Verwaltung falsch verstanden wurden sei.

Der Antrag zu Ziff. 114, zu 1 wurde bereits im Beschluss Ziff. 107 behandelt.

**Beschluss (Ziff. 114, zu 2):**

Für 2011 werden zusätzlich 3.000 € für den runden Tisch für die Durchführung von weiteren Veranstaltungen im Haushaltsplan veranschlagt. Die Einsparung erfolgt bei der Pos.: Erstellung eines Schulentwicklungsplanes im Produkt 1.21.01.

<b>Abstimmungsergebnis:</b>	einstimmig
-----------------------------	------------

**Beschluss (Ziff. 115):**

Der Zuschuss zur aufsuchenden Familienhilfe (Horizont, Frau Arcuria) wird für 2011 um 2.000 € aufgestockt. Die Einsparung erfolgt bei der Pos.: Erstellung eines Schulentwicklungsplanes im Produkt 1.21.01.

<b>Abstimmungsergebnis:</b>	Nein-Stimmen	0
	Enthaltungen	1
	Ja-Stimmen	18

**Beschluss (Ziff. 116):**

Zur Jugendförderung in den Vereinen werden die Förderbeiträge um insgesamt bis zu 2.000 € aufgestockt. Die Förderrichtlinien sind entsprechend anzupassen und den Vereinen zur Kenntnis zu bringen. Die Einsparung erfolgt bei der Pos.: Erstellung eines Schulentwicklungsplanes im Produkt 1.21.01.

<b>Abstimmungsergebnis:</b>	einstimmig
-----------------------------	------------

**Beschluss (Ziff. 117):**

Es werden 37.000 € für die Erstellung eines „Integrierten Klimaschutzkonzeptes für die Gemeinde Lindlar“ gemäß der BMU-Klimaschutz-Initiative mit den Schritten „1. Energie-CO2-Bilanz“, „2. Potenzialanalyse“, „3. Akteursbeteiligung“, „4. Maßnahmenkatalog“, „5. Controlling“ und „6. Konzept für Öffentlichkeitsarbeit“ im Haushalt zur Verfügung bereitgestellt, abzüglich zu erwartender Landeszuschüsse verbleiben 15.000 € netto.

<b>Abstimmungsergebnis:</b>	Nein-Stimmen	0
	Enthaltungen	1
	Ja-Stimmen	18

Ein Vergleich der internen Leistungsverrechnung Bauhof 2009 mit den geplanten Aufwendungen des TeBEL 2011 ff. ist als Anlage 2 beigefügt.

**Zu TOP 6:**

**Veränderungsnachweis aufgrund von Fachausschussbeschlüssen bzw. aktualisierten Verwaltungsempfehlungen**

Auf die gelbe Tischvorlage wird verwiesen.

Herr Hütt erläutert den Veränderungsnachweis und korrigiert diesen mündlich. Der korrigierte Veränderungsnachweis ist als Anlage 3 beigefügt.

Mit Hinweis auf einen TOP im nichtöffentlichen Teil schlägt der Bürgermeister vor, über diesen TOP im Anschluss an den nichtöffentlichen Teil zu beschließen.

**Zu TOP 7:**

**Haushaltssatzung 2011**

Auf die orange Tischvorlage wird verwiesen.

Dieser TOP soll ebenfalls im Anschluss an den nichtöffentlichen Teil beschlossen werden.

**Zu TOP 8:**

**Stellenplan 2011**

Auf die Sitzungsvorlage wird verwiesen.

**Beschluss:**

Der Gemeinderat stimmt dem Stellenplan für das Haushaltsjahr 2011 in der von der Verwaltung vorgelegten Form zu.

<b>Abstimmungsergebnis:</b>	einstimmig
-----------------------------	------------

**Zu TOP 9:**

**Interkommunale Zusammenarbeit**

**hier: Sachstandsbericht**

Der Bürgermeister berichtet, dass am 09.12.2010 gemeinsam mit Engelskirchen ein Seminar zum Thema „Verwaltungsmodernisierung durch E-Government und Kooperationen“ durchgeführt werde.

**Zu TOP 10:**

**Antrag des SV Linde 1957 e.V. zur Erhöhung des Zuschusses zu den Bewirtschaftungskosten des Umkleidegebäudes am Sportplatz Linde**

Auf die Sitzungsvorlage wird verwiesen.

**Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt, möglichst bis zum Ende des 02. Quartals 2011 das Verfahren der Zuschussgewährung zu den Bewirtschaftungskosten bei allen gemeindlichen Sportvereinen zu prüfen und einen Vorschlag für die künftige Handhabung im Sinne einer Vereinheitlichung dieser Zuschüsse zu unterbreiten. Die Entscheidung über den Antrag des SV Linde vom 17.11.2010 wird zunächst zurückgestellt.

<b>Abstimmungsergebnis:</b>	einstimmig
-----------------------------	------------

**Zu TOP 11:****Informationen der Verwaltung**

Der Bürgermeister verweist auf die blaue Tischvorlage.

Er berichtet, dass die Bürgermeister der kreisangehörigen Städte und Gemeinden eine Klage gegen die Kreisumlage anstreben. Die seit Jahren steigende Kreisumlage wirke erdrosselnd; die im Grundgesetz verbürgte kommunale Selbstverwaltung stehe bei Hebesätzen von aktuell insgesamt etwa  $\frac{3}{4}$  der Bemessungsgrundlage in Frage. Dies soll möglichst mit Unterstützung des Kreises gerichtlich geklärt und über entsprechende dringend nötige strukturelle Maßnahmen in der Zuweisung von Aufgaben und Finanzmitteln an die kommunale Ebene geändert werden. Die Ausführungen des Bürgermeisters finden allgemeine Zustimmung. Ergänzend wird der Niederschrift ein Schreiben vom 09.12.2010 beigelegt (Anlage 4).

Des Weiteren berichtet der Bürgermeister über die Zukunft der ARGE Oberberg und seine Mitgliedschaft zur Arbeitsgruppe „Vorbereitung der Option“, in der die Bewerbung vorbereitet wurde. Die Arbeit in der AG sei konstruktiv gewesen; die auch im Haupt- und Finanzausschuss vom 07.07.2010 erläuterten Forderungen an die Organisation des kommunalen Jobcenters (Option) wurden im Wesentlichen erfüllt. Die nunmehr ohne externe Hilfe gefertigte Bewerbungsunterlage werde von allen AG-Mitgliedern getragen. Hinsichtlich der Erfolgsaussichten einer Bewerbung, die letztlich vom Kreistag zu entscheiden sei, verweist er allerdings darauf, dass mit doppelt so viel Bewerbungen gerechnet werde als kommunale Jobcenter eingerichtet werden sollen. Für die Erfolgsaussichten sei nicht zuletzt von Bedeutung, wie sich die kreisangehörigen Kommunen letztlich zur Bewerbungstellten. Dies werde voraussichtlich Anfang 2011 abgefragt.

**Zu TOP 12:****Verschiedenes**

Hierzu gibt es keine Wortmeldungen.

**Ende des 1. öffentlichen Teils um 20.13 Uhr**

## Zeitungen, Fachliteratur Gegenüberstellung 2009-2010

<b>01.01.-31.12.2009</b>			<b>01.01.-25.11.2010</b>		
1.11.01.01	320,49	Rat, Ausschüsse und Fraktionen	1.11.01.01	44,90	Rat, Ausschüsse und Fraktionen
1.11.03.01	24,90	Verwaltungsleitung	1.11.03.01	7,83	Verwaltungsleitung
1.11.04.01	3.705,33	Personalmanagement	1.11.04.01	3.517,96	Personalmanagement
1.11.05.01	101,03	Beschäftigtenvertretung	1.11.05.01	277,82	Beschäftigtenvertretung
1.11.07.01	0,00	Recht und Versicherungen	1.11.07.01	86,03	Recht und Versicherungen
1.11.08.01	61,80	Technikunterstützte Informationen	1.11.08.01	193,40	Technikunterstützte Informationen
1.11.08.02	1.284,31	Zentrale Dienste	1.11.08.02	1.656,58	Zentrale Dienste
1.11.09.01	68,80	Bauhof	1.11.09.01	0,00	Bauhof
1.11.10.01	738,79	Finanz- und Rechnungswesen	1.11.10.01	926,39	Finanz- und Rechnungswesen
1.11.10.02	156,50	Vollstreckung	1.11.10.02	164,80	Vollstreckung
1.11.11.01	1.036,51	ZGM	1.11.11.01	302,14	ZGM
1.12.01.01	1.012,31	Sicherheit und Ordnung	1.12.01.01	209,08	Sicherheit und Ordnung
1.12.03.01	108,00	Verkehrsangelegenheiten	1.12.03.01	85,07	Verkehrsangelegenheiten
1.12.04.01	846,88	Einwohnerangelegenheiten	1.12.04.01	622,87	Einwohnerangelegenheiten
1.12.05.01	1.146,66	Personenstandswesen	1.12.05.01	786,80	Personenstandswesen
1.12.07.01	678,04	Feuerschutz	1.12.07.01	750,29	Feuerschutz
1.21.01.01	35,20	Schülerbeförderung	1.21.01.01	0,00	Schülerbeförderung
1.21.02.01	976,51	GGG Frielinsdorf	1.21.02.01	547,00	GGG Frielinsdorf
1.21.03.01	454,53	GGG Kapellensüng	1.21.03.01	401,35	GGG Kapellensüng
1.21.04.01	284,80	GGG Lindlar-Ost	1.21.04.01	292,50	GGG Lindlar-Ost
1.21.05.01	444,60	GGG Lindlar-West	1.21.05.01	438,30	GGG Lindlar-West
1.21.06.01	617,59	GGG Schmitzhöhe	1.21.06.01	324,86	GGG Schmitzhöhe
1.21.07.01	162,50	Janusz-Korczak-Schule	1.21.07.01	192,80	Janusz-Korczak-Schule
1.21.08.01	732,40	Gemeinschaftshauptschule	1.21.08.01	431,40	Gemeinschaftshauptschule
1.21.09.01	269,11	Realschule	1.21.09.01	366,01	Realschule

1.21.10.01	<b>416,22</b>	<b>Gymnasium</b>	1.21.10.01	<b>1.415,54</b>	<b>Gymnasium</b>
1.25.05.01	<b>345,00</b>	<b>Bibliothek</b>	1.25.05.01	<b>512,37</b>	<b>Bibliothek</b>
1.31.01.01	<b>670,07</b>	<b>Sozialhilfeleistungen</b>	1.31.01.01	<b>544,07</b>	<b>Sozialhilfeleistungen</b>
1.31.01.02	<b>128,70</b>	<b>Sozialversicherungsangelegenheiten</b>	1.31.01.02	<b>0,00</b>	<b>Sozialversicherungsangelegenheiten</b>
1.31.03.01	<b>160,07</b>	<b>Sonstige soziale Hilfe und Leistungen</b>	1.31.03.01	<b>138,54</b>	<b>Sonstige soziale Hilfe und Leistungen</b>
1.31.04.01	<b>0,00</b>	<b>Hilfen nach AsylBLG</b>	1.31.04.01	<b>70,21</b>	<b>Hilfen nach AsylBLG</b>
1.51.01.01	<b>136,00</b>	<b>Räumliche Planung und Entwicklung</b>	1.51.01.01	<b>220,30</b>	<b>Räumliche Planung und Entwicklung</b>
1.52.01.01	<b>760,85</b>	<b>Bau- und Grundstücksordnung</b>	1.52.01.01	<b>332,56</b>	<b>Bau- und Grundstücksordnung</b>
1.52.02.01	<b>175,45</b>	<b>Denkmalschutz und -pflege</b>	1.52.02.01	<b>108,90</b>	<b>Denkmalschutz und -pflege</b>
1.54.01.01	<b>51,60</b>	<b>Öffentliche Verkehrsflächen</b>	1.54.01.01	<b>11,80</b>	<b>Öffentliche Verkehrsflächen</b>
1.54.03.01	<b>29,90</b>	<b>Winterdienst</b>	1.54.03.01	<b>0,00</b>	<b>Winterdienst</b>
1.56.01.01	<b>592,92</b>	<b>Umweltschutzverträglichkeitsprüfung</b>	1.56.01.01	<b>511,46</b>	<b>Umweltschutzverträglichkeitsprüfung</b>
1.56.02.01	<b>0,00</b>	<b>Dienstleistungen im Umweltmanagement</b>	1.56.02.01	<b>38,00</b>	<b>Dienstleistungen im Umweltmanagement</b>
1.57.02.01	<b>37,24</b>	<b>Tourismus</b>	1.57.02.01	<b>0,00</b>	<b>Tourismus</b>
<b>18.771,61</b>			<b>16.529,93</b>		

Gegenüberstellung der Leistungsverrechnung Bauhof 2009 sowie der geplanten Aufwendungen TeBEL 2011, 2012, 2013 sowie 2014

ProfitCenter	Ergebnis 2009 Leistungsverrechnung	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
1102 Repräsentationen/Pressearbeit	287,70	10.000,00	10.000,00	10.000,00	10.000,00	10.000,00
1103 Verwaltungsleitung	82,20	1.500,00	1.500,00	1.500,00	1.500,00	1.500,00
1104 Personalmanagement	425,85	500,00	1.000,00	1.000,00	1.000,00	1.000,00
1106 Gleichstellung	526,05	182.500,00	185.500,00	185.500,00	184.500,00	184.500,00
1107 Recht und Versicherungen		65.000,00	10.000,00	10.000,00	10.000,00	10.000,00
1108 Zentrale und technische Dienste		15.000,00	8.000,00	8.000,00	8.000,00	8.000,00
1111 ZGM	187.532,02	35.000,00	90.000,00	90.000,00	90.000,00	90.000,00
1201 Allgemeine Sicherheit und Ordnung	8.453,11	500,00	500,00	500,00	500,00	500,00
1202 Gewerbe/Marktwesen, Gaststätten	2.104,20	500,00	0,00	0,00	500,00	500,00
1203 Verkehrsangelegenheiten	22.421,48	4.000,00	1.000,00	1.000,00	1.000,00	1.000,00
1204 Einwohnerangelegenheiten	16.206,70	3.000,00	3.000,00	3.000,00	3.000,00	3.000,00
1206 Wahlen und Statistik	3.007,28					
1207 Feuerschutz	1.498,05					
2101 Zentrale Leistungen für Schüler	1.390,40					
2108 Hauptschule	75,15					
2501 Kommunale Veranstaltungen	57.395,46	5.000,00	1.000,00	1.000,00	1.000,00	1.000,00
2502 Förderung kulturtragender Vereine	15.851,85	5.000,00	1.000,00	1.000,00	1.000,00	1.000,00
2506 Archiv	375,75	500,00	500,00	500,00	500,00	500,00
3105 Asylbew, Aussiedler u. Notunterkünfte	8.980,05	5.000,00	2.000,00	2.000,00	2.000,00	2.000,00
3106 Seniorenarbeit	200,40					
3602 Förderung Kinder u. Jugendarbeit	72.621,83	110.000,00	110.000,00	110.000,00	110.000,00	110.000,00
4201 Kommunale Sportveranstaltungen	232,80	1.000,00	1.000,00	1.000,00	1.000,00	1.000,00
5202 Denkmalschutz und pflege	724,95	4.000,00	4.000,00	4.000,00	4.000,00	4.000,00
5302 Abfallwirtschaft	9.643,90	70.000,00	70.000,00	70.000,00	75.000,00	80.000,00
5401 Öffentliche Verkehrsflächen	567.148,03	757.000,00	756.000,00	771.000,00	786.000,00	801.000,00
5403 Winterdienst	266.767,47	270.000,00	300.000,00	300.000,00	300.000,00	300.000,00
5501 Öffentliches Grün und Gewässer	91.768,46	139.000,00	143.000,00	143.000,00	143.000,00	143.000,00
5502 Friedhofswesen	6.840,83	106.500,00	105.500,00	105.500,00	106.500,00	106.500,00
5601 Umweltverträglichkeitsprüfungen		5.000,00	5.000,00	5.000,00	5.000,00	5.000,00
5702 Tourismus	12.361,38	10.000,00	10.000,00	10.000,00	10.000,00	10.000,00
	<b>1.354.923,35</b>	<b>1.805.500,00</b>	<b>1.819.500,00</b>	<b>1.834.500,00</b>	<b>1.855.000,00</b>	<b>1.875.000,00</b>
zzgl. Materialkosten (Gemeindestraßen)	130.000,00	bereits enthalten	bereits enthalten	bereits enthalten	bereits enthalten	bereits enthalten
zzgl Personalkosten (Friedhöfe)	98.000,00	bereits enthalten	bereits enthalten	bereits enthalten	bereits enthalten	bereits enthalten
zzgl. Materialkosten Winterdienst (Salz)	160.000,00	bereits enthalten	bereits enthalten	bereits enthalten	bereits enthalten	bereits enthalten
zzgl. Personalkosten (Abfallentsorgung)	70.000,00	bereits enthalten	bereits enthalten	bereits enthalten	bereits enthalten	bereits enthalten
	<b>1.812.923,35</b>	<b>1.805.500,00</b>	<b>1.819.500,00</b>	<b>1.834.500,00</b>	<b>1.855.000,00</b>	<b>1.875.000,00</b>

Anlage 2

# Veränderungen zum Gesamtergebnisplan für die Jahre 2011 - 2014

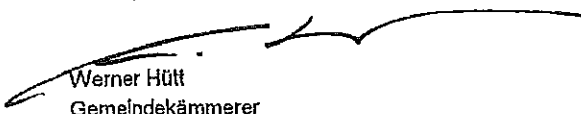
zu TOP 6  
Anlage 3

Finanz zusammen 200.000  
2. Mio  
-Ausgaben-  
L) Konzepte in Michl. H

Buchungs-Nr.	Bezeichnung	Veränderung	2011 EURO	2012 EURO	2013 EURO	2014 EURO
1.11.03	Verwaltungsleitung	bisher	5.000	5.000	5.000	5.000
542700	Gutachten für eigenes Jugendamt	+/-	7.500	0	0	0
		neu	12.500	5.000	5.000	5.000
1.1104	Personal und Organisation	bisher	0	0	0	0
Konto 544160	Beihilfeablöseversicherung	+/-	118.000	118.000	118.000	118.000
		neu	118.000	118.000	118.000	118.000
KST 1000/1030	Personal und Organisation	bisher	95.000	95.000	95.000	95.000
Konto 504100	Beihilfen Beamte und Versorgungsempfänger	+/-	-87.000	-95.000	-95.000	-95.000
Konto 514100		neu	8.000	0	0	0
KSt 12140	GGs Schmitzhöhe	bisher	8.000	5.500	5.500	5.500
Konto 523100	Sonst.baul.Maßnahmen	+/-	20.000	0	0	0
		neu	28.000	5.500	5.500	5.500
KSt 12110	Lindlar-Ost	bisher	7.500	4.000	4.000	4.000
Konto 523100	Herausnahme der Sonnenrollen	+/-	-1.000	0	0	0
		neu	6.500	4.000	4.000	4.000
KSt 11110	Bauhofgebäude	bisher	28.430	28.730	29.135	29.635
Versch.		+/-	-26.430	-28.730	-29.135	-29.635
		neu	2.000	0	0	0
01.11.10	Finanzen, Rechnungswesen, Cont.	bisher	67.000	2.500	2.500	2.500
Konto 542700	Rechtsanwaltkosten	+/-	3.000	0	0	0
	Klage gegen Kreisumlage	neu	70.000	2.500	2.500	2.500
1.21.01	Zentrale Leistungen für Schulen	bisher	7.000	1.500	1.500	1.500
Konto 542900	Absetzung Schulentwicklungsplan	+/-	-7.000	-1.500	-1.500	-1.500
		neu	0	0	0	0
1.36.02	Kinder- und Jugendarbeit	bisher	8.000	8.000	8.000	8.000
Konto 531500	Allgemeine Jugendförderung	+/-	2.000	2.000	2.000	2.000
		neu	10.000	10.000	10.000	10.000
1.36.02	Kinder- und Jugendarbeit	bisher	2.500	2.500	2.500	2.500
542900	Jugendveranstaltungen	+/-	3.000	3.000	3.000	3.000
		neu	5.500	5.500	5.500	5.500
1.51.01	Räumliche Planung und Entwickl.	bisher	231.113	233.243	180.890	221.165
Konto Div.	Personalkostenanpassung wegen Altersteilzeit	+/-	0	0	0	-40.792
		neu	231.113	233.243	180.890	180.373
1.51.01	Räumliche Planung und Entwickl.	bisher	0	0	0	0
Konto 542900	Windkraftanlagenkonzept	+/-	15.000	0	0	0
		neu	15.000	0	0	0
Versch.	Abschreibung Gebäude	bisher	1.205.303	1.208.578	1.234.506	1.230.413
	Verkauf Bauhofgebäude	+/-	-17.000	0	0	0
		neu	1.188.303	1.208.578	1.234.506	1.230.413
KSt 15400	Öffentliche Verkehrsflächen	bisher	700.000	715.000	730.000	745.000
Konto 525601	Kostenerstattung an den TeBEL gemäß Wirtschaftsplan	+/-	100.000	100.000	100.000	100.000
		neu	800.000	815.000	830.000	845.000
1.54.03	Winterdienst	bisher	300.000	300.000	300.000	300.000
Konto 525601	Kostenerstattung an der TeBEL gemäß Wirtschaftsplan	+/-	70.000	70.000	70.000	70.000
		neu	370.000	370.000	370.000	370.000
1.54.03	Winterdienst, Fremdfirmen	bisher	30.000	30.000	30.000	30.000
Konto 542900	Abbruch Salzsilo	+/-	10.000	0	0	0
		neu	40.000	30.000	30.000	30.000
1.61.01	Kreisumlage allgemein	bisher	9.380.000	9.380.000	9.380.000	9.380.000
Konto	(Gem.Entwurf Kreisshaushalt)	+/-	982.000	755.000	920.000	1.290.000
		neu	10.362.000	10.135.000	10.300.000	10.670.000

Buchungs-Nr.	Bezeichnung	Veränderung	2011 EURO	2012 EURO	2013 EURO	2014 EURO
1.61.01	Kreisumlage Jugendamt (Gem.Entwurf Kreishaushalt)	bisher	4.870.000	4.870.000	4.870.000	4.870.000
		+/-	543.000	245.000	130.000	140.000
		neu	5.413.000	5.115.000	5.000.000	5.010.000
Veränderungen Ergebnisplan		bisher	38.154.141	38.099.979	38.181.349	38.158.735
		+/-	1.720.070	1.167.770	1.217.365	1.558.073
		neu	39.874.211	39.267.749	39.398.714	39.714.808

Lindlar, den 07.12.2010

  
 Werner Hütt  
 Gemeindegemeinderat

## Veränderungen zum Gesamtergebnisplan für die Jahre 2011 - 2014

### -Einnahmen-

Buchungs-Nr.	Bezeichnung	Veränderung	2011 EURO	2012 EURO	2013 EURO	2014 EURO
1.53.02	Abfallwirtschaft	bisher	1.750.000	1.825.000	1.850.000	1.900.000
Konto 432100	Gebühren gemäß Gebührenkalkulation	+ / -	100.000	105.000	125.000	110.000
		neu	1.850.000	1.930.000	1.975.000	2.010.000
1.54.03	Winterdienst	bisher	430.000	150.000	150.000	150.000
Konto 432100	Winterdienstgebühren gemäß Gebührenkalkulation	+ / -	93.000	200.000	150.000	150.000
		neu	523.000	350.000	300.000	300.000
55.02	Friedhofswesen	bisher	300.000	300.000	300.000	300.000
Konto 432100	Benutzungsgebühren gem. Gebührenkalkulation	+ / -	-30.000	-30.000	-30.000	-30.000
		neu	270.000	270.000	270.000	270.000
01.11.11	Erträge aus der Veräußerung von Grundstücken und Gebäude	bisher	0	0	0	0
Konto 451200		+ / -	150.000			
Konto 451300	(Buchgewinn)	neu	150.000	0	0	0
1.61.01	Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	bisher	7.003.000	7.400.000	7.825.000	8.185.000
	Gem. Nov. Steuerschätzung	+ / -	337.000	400.000	425.000	445.000
		neu	7.340.000	7.800.000	8.250.000	8.630.000
		bisher				
		+ / -				
		neu	0	0	0	0
<b>Veränderungen Ergebnisplan</b>		bisher	<b>32.612.673</b>	<b>32.431.619</b>	<b>33.648.699</b>	<b>35.149.441</b>
		+ / -	<b>660.000</b>	<b>675.000</b>	<b>670.000</b>	<b>675.000</b>
		neu	<b>33.262.673</b>	<b>33.106.619</b>	<b>34.318.699</b>	<b>35.824.441</b>
<b>Fehlbedarf, gemäß Haushaltsplanentwurf</b>		bisher	<b>5.641.468</b>	<b>5.668.360</b>	<b>4.532.650</b>	<b>3.009.294</b>
Die Verringerung der Allgemeinen Rücklage zum Ausgleich des Ergebnisplanes wird viel folgt festgesetzt:		neu	<b>6.611.538</b>	<b>6.161.130</b>	<b>5.080.015</b>	<b>3.890.367</b>
			<b>Fehlbedarf</b>	<b>Fehlbedarf</b>	<b>Fehlbedarf</b>	<b>Fehlbedarf</b>

Lindlar, den 07.12.2010

Werner Hütt  
Gemeindekämmerer

**Veränderungen bei den Einzahlungen aus der  
Investitionstätigkeit für die Jahre 2011 - 2014**

Buchungs- Nr.	Bezeichnung	Verän- derung	2011 EURO	2012 EURO	2013 EURO	2014 EURO
5.000084	Verkaufserlöse	bisher	30.000	30.000	30.000	30.000
	zusätzlich Bauhof	+ / -	690.000	0	0	0
		neu	720.000	30.000	30.000	30.000
		bisher	1.052.000	2.284.000	849.000	849.000
	Veränderungen Einzahlungen	+ / -	690.000	0	0	0
		neu	1.742.000	2.284.000	849.000	849.000

Lindlar, den 07.12.2010




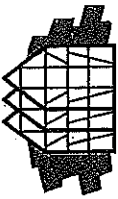
Werner Hütt  
Gemeindekämmerer

## Veränderungen bei den Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit für die Jahre 2011- 2014

Buchungs-Nr.	Bezeichnung	Veränderung	2011 EURO	2012 EURO	2013 EURO	2014 EURO
1.54.01 5.000045	Umgehungsstraße Frielingsdorf Die beschlossenen Haushaltsmittel wurde von 2007 nicht nach 2008 übertragen	bisher + / - neu	0 10.000 10.000	0 0 0	0 0 0	0 0 0
1.54.01 5.000142	Parkplatz Gymnasium und JKS	bisher + / - neu	0 0 0	0 0 0	60.000 -60.000 0	0 0 0
1.11.11 5.000145	Einrichtung für Büro- und Verwaltungsgebäude Der Ansatz wird gesperrt.	bisher + / - neu	0 0 0	150.000 0 150.000	0 0 0	0 0 0
1.01.01	Tilgung Sondertilgung aus Verkaufserlös	bisher + / - neu	1.667.000 690.000 2.357.000	1.734.000 0 1.734.000	1.810.000 0 1.810.000	1.870.000 0 1.870.000
	Veränderungen Auszahlungen	bisher + / - neu	2.598.800 700.000 3.298.800	4.188.000 0 4.188.000	2.490.500 0 2.490.500	2.305.500 0 2.305.500
	Verpflichtungsermächtigung		0	0	0	0

Lindlar, den 07.12.2010

  
Werner Hött  
Gemeindekämmerer



**STADT WIEHL**

Stadtverwaltung Wiehl  
Bainhoferstraße 1  
51674 Wiehl  
Tel.: 02262/99-0  
Internet: www.wiehl.de

Telefax 02262/99-152  
Email: rathaus@wiehl.de

Besuchzeiten:  
MO bis FR 8.30 – 12.00 Uhr  
DO zusätzl. 14.00 – 18.30 Uhr  
weitere Termine nach Vereinbarung

Datum  
9.12.2010

**Der Bürgermeister**

Stadt Wiehl - Postfach 1220 - 51658 Wiehl

Der Landrat  
des Oberbergischen Kreises  
Herrn Landrat Hagen Jobi  
Moltkestr.

51643 Gummersbach

Telefondurchwahl 99-253      Auskunft erteilt Herr Becker-Bionigen      Aktenzeichen BM/B-B/eb

**AK Options-Kreis**  
Beschlussfassung in der heutigen Kreistagsitzung

Sehr geehrter Herr Landrat,

unter Bezugnahme auf unser heutiges Telefonat und nach erfolgter E-Mailabfrage im Kollegenkreis komme ich anhand des zur Zeit erkennbaren Meinungsbildes zu dem Ergebnis, dass ich Sie ermuntern möchte, den Kreistag dahingehend zu beraten, dass dieser die Beschlussfassung zur Bewerbung um einen „Options-Kreis“ ohne förmliche Zustimmung der Bürgermeister treffen möge.

Aus heutiger Sicht bleibt festzustellen, dass die sehr intensiven und konstruktiven Beratungen im AK Options-Kreis zu einem tragfähigen Konzept geführt haben, das auch die finanziellen Risiken eingrenzt und insbesondere die notwendige und für politische Entscheidungen wünschenswerte Transparenz herbeiführt.

Die förmliche Zustimmung der oberbergischen Bürgermeister, die zur Zeit nicht gesetzlich erforderlich ist, kann zu einem späteren Zeitpunkt nachgeholt werden. Ein solches Votum wäre im Rahmen der ersten Arbeitsgemeinschaftssitzung Ende Januar denkbar. Zugleich werden bis dahin sicherlich die ersten Gespräche und Beratungen im Rahmen eines AK Finanzen in ähnlicher Zusammensetzung wie der des AK Options-Kreis stattfinden haben. Das erhoffte Vertrauen in die Problemlösungsorientiertheit einer solchen Beratungsrunde dürfte ein entsprechendes förmliches Votum der Bürgermeister in dem hier angesprochenen Themenkomplex Options-Kreis förderlich sein. Alles andere können wir gerne im Nachgang erörtern.

Mit dem Wunsch nach einem weiterhin gedehlichen Zusammenwirken verbleibe ich

Mit freundlichen Grüßen

*Werner Becker-Bionigen*  
Werner Becker-Bionigen  
-Bürgermeister-

Handelsregister B des Amtsgerichts Köln	Abteilung B Wiedergabe des aktuellen Registerinhalts Abruf vom 09.12.2010 07:00	Nummer der Firma: HRB 62341
Abdruck	Seite - 1 von 1	

## 1. Anzahl der bisherigen Eintragungen:

4

## 2. a) Firma:

Automedon Aktiengesellschaft

## b) Sitz, Niederlassung, inländische Geschäftsanschrift, empfangsberechtigte Person, Zweigniederlassungen:

Overath

Geschäftsanschrift: Maarweg 13, 51491 Overath

## c) Gegenstand des Unternehmens:

a) Der Im- und Export von Kraftfahrzeugteilen und alle damit zusammenhängenden Tätigkeiten. b) Die allumfassende Beratung von Unternehmen und Privatpersonen, insbesondere in betriebswirtschaftlichen, organisatorischen und Vermögensfragen. c) Die Errichtung und Projektierung, die Veräußerung und die Verwaltung von Immobilien.

## 3. Grund- oder Stammkapital:

50.000,00 EUR

## 4. a) Allgemeine Vertretungsregelung:

Die Gesellschaft wird durch ein Vorstandsmitglied vertreten. Ist nur ein Vorstandsmitglied bestellt, so vertritt dieses die Gesellschaft allein. Besteht der Vorstand aus mehreren Personen, so ist jede von ihnen zur Einzelvertretung berechtigt.

## b) Vorstand, Leitungsorgan, geschäftsführende Direktoren, persönlich haftender Gesellschafter, Geschäftsführer, Vertretungsberechtigte und besondere Vertretungsbefugnis:

Einzelvertretungsberechtigt:

Vorstand: Dönn, Johann Wilhelm -gen. Hans Wilhelm-, Engelskirchen, \*23.04.1953

## 5. Prokura:

Gesamtprokura gemeinsam mit einem Vorstandsmitglied oder einem anderen Prokuristen:  
Großpietsch, Elmar, Lohmar, \*07.03.1963

## 6. a) Rechtsform, Beginn, Satzung oder Gesellschaftsvertrag:

Aktiengesellschaft

Satzung vom 06.06.2007 mit Änderung vom 30.10.2007 und 21.01.2008

Zuletzt geändert durch Beschluss vom 17.12.2009

## b) Sonstige Rechtsverhältnisse:

—

## 7. a) Tag der letzten Eintragung:

06.10.2010

Nummer der Eintragung	a) Firma b) Sitz, Niederlassung, Inländische Geschäftsanschrift, empfangsberechtigte Person, Zweigniederlassungen c) Gegenstand des Unternehmens	Grund- oder Stammkapital	a) Allgemeine Vertretungsregelung b) Vorstand, Leitungsorgan, geschäftsführende Direktoren, persönlich haftender Gesellschafter, Geschäftsführer, Vertretungsberechtigte und besondere Vertretungsbefugnis	Prokura	a) Rechtsform, Beginn, Satzung oder Gesellschaftsvertrag b) Sonstige Rechtsverhältnisse	a) Tag der Eintragung b) Bemerkungen
1	2	3	4	5	6	7
1	<p>a) Automedon Aktiengesellschaft</p> <p>b) Köln</p> <p>c) a) Der Im- und Export von Kraftfahrzeugteilen und alle damit zusammenhängenden Tätigkeiten. b) Die allumfassende Beratung von Unternehmen und Privatpersonen, insbesondere in betriebswirtschaftlichen, organisatorischen und Vermögensfragen. c) Die Errichtung und Projektleitung, die Veräußerung und die Verwaltung von Immobilien.</p>	50.000,00 EUR	<p>a) Die Gesellschaft wird durch ein Vorstandsmitglied vertreten, ist nur ein Vorstandsmitglied bestellt, so vertritt dieses die Gesellschaft allein. Besteht der Vorstand aus mehreren Personen, so ist jede von ihnen zur Einzelvertretung berechtigt.</p> <p>b) Vorstand: Langen, Hans Gerd, Hürth, *20.04.1953</p>		<p>a) Aktiengesellschaft Satzung vom 06.06.2007 mit Änderung vom 30.10.2007 und 21.01.2008</p>	<p>a) 01.02.2008 Keusch</p>
2	<p>b) Gemäß § 18 ESaAG von Amts wegen ergänzt als Geschäftsanschrift Maarweg 13, 51491 Overath</p>		<p>b) Bestellt als Vorstand: Dünn, Johann Wilhelm -gen, Hans Wilhelm, Engelskirchen, *23.04.1953 einzelvertretungsberechtigt.</p>			<p>a) 21.12.2009 Graeske</p>
3	<p>b) Overath</p>				<p>a) Die Hauptversammlung vom 17.12.2009 hat die Änderung der Satzung in § 1 Abs. 2 und mit ihr die Sitzverlegung nach Overath beschlossen.</p>	<p>a) 23.12.2009 Walterscheid</p>
4			<p>b) Nicht mehr Vorstand: Langen, Hans Gerd, Hürth, *20.04.1953</p>	<p>Gesamprokura gemeinsam mit einem Vorstandsmitglied oder einem anderen Prokuristen: Großpietsch, Einar, Lohmar, *07.03.1963</p>		<p>a) 06.10.2010 Reimor</p>

24. TOP 5 Ziff. 117

Seite 6

BÜNDNIS 90  
DIE GRÜNEN  
LINDLAR

B 90/Die GRÜNEN Ratsfraktion Lindlar  
c/o Fraktionssprecher P. Heuwes, Alsbacher Str. 41a, 51789 Lindlar

Ratsfraktion Lindlar  
c/o Patrick Heuwes  
Borromäusstraße 1  
51789 Lindlar  
www.gruene-lindlar.de

An  
Bürgermeister  
Dr. Herrman-Josef Tebroke

per Mail

Fraktionssprecher:  
Patrick Heuwes  
Tel:  
0160 - 3519834  
E-Mail:  
patrick.heuwes@gruene-lindlar.de

Lindlar, 22.11.2010

Antrag zum Haupt- und Finanzausschuss am 23.11.2010 / Haushaltsberatungen 2011

Sehr geehrter Herr Dr. Tebroke,

die Fraktion Bündnis90/Die GRÜNEN stellt folgenden Antrag zum Haushalt 2011:

Es werden € 14.000.- für die Erstellung eines „Integrierten Klimaschutzkonzeptes für die Gemeinde Lindlar“ gem. der BMU-Klimaschutz-Initiative mit den Schritten „1. Energie- CO2-Bilanz“, „2. Potentialanalyse“, „3. Akteursbeteiligung“, „4. Maßnahmenkatalog“, 5. Controlling“ und „6. Konzept für Öffentlichkeitsarbeit“ im Haushalt 2011 zur Verfügung gestellt.

Begründung:

Klimaschutz geht uns alles an! Auch Lindlar hat dabei seine „Hausaufgaben zu machen“ und die von der Bundesregierung festgelegten Klimaschutzziele wie „- 40% CO2 bis 2020“ zu erreichen. Dazu müssen umgehend auch in Lindlar konzeptionell aufeinander abgestimmte Maßnahmen ergriffen werden.

Ein „Integriertes Klimaschutzkonzept für die Gemeinde Lindlar“ würde auf Basis einer Analyse der Bedingungen vor Ort einen solchen Maßnahmenkatalog liefern, jenseits der bisherigen durchaus sinnvollen aber unkoordinierten Einzelmaßnahmen, die Lindlar bereits ergriffen hat.

Ein Klimaschutzkonzept ist mit ca. 60% förderfähig, sodass wir bei Kosten von rund € 1,50 /Einwohner von einem Gemeindeanteil von € 14.000.- ausgehen, der im Haushalt veranschlagt werden müsste.

Mit freundlichen Grüßen

  
Patrick Heuwes  
Fraktionssprecher

24 TOP 5 Ziff. 1  
Anlage 7

# Sozialdemokratische Partei Deutschlands

## Fraktion im Rat der Gemeinde Lindlar

SPD-Fraktion, Kamperstr. 28, 51789 Lindlar

Bürozeiten:  
Mo, Di 08:30-12:00 Uhr  
Do 09:00 – 12:00 Uhr

Herrn Bürgermeister  
Dr. Hermann-Josef Tebroke  
Rathaus

51789 Lindlar

3. Dezember 2010

### Auswirkungen des „Aktionsplans Kommunal Finanzen“ auf den Haushalt der Gemeinde Lindlar

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Dr. Tebroke,

die rot-grüne Landesregierung hat zur Stärkung der kommunalen Finanzkraft einen „Aktionsplan Kommunal Finanzen“ aufgelegt, der mit 300 Mio. € dotiert und im Entwurf des Nachtragshaushalts des Landes NRW für das Jahr 2010 und dem Entwurf zur Änderung des Gemeindefinanzierungsgesetzes für das Jahr 2010 veranschlagt ist. Mit dem Aktionsplan soll insbesondere wieder eine dauerhafte Beteiligung der Städte und Gemeinden des Landes Nordrhein-Westfalen an den Einnahmen der Grunderwerbsteuer in Höhe von 130 Mio. € erreicht werden. Außerdem sollen die Kommunen künftig vom so genannten Konsolidierungsbeitrag für den Landeshaushalt befreit werden. Diese Entlastung der Kommunen soll landesweit in etwa 170 Mio. € ausmachen. Die Gesetze befinden sich in den Beratungen des Landtages und könnten in der Dezembersitzung beschlossen werden.

1. In welchem Umfang könnte unsere Gemeinde an den beabsichtigten Verbesserungen der Landesregierung für die Gemeindefinanzen in diesem Jahr und in den künftigen Jahren teilhaben? Wie hoch sind die konkreten Summen?
2. Wie wirkt die Verwaltung auf die Landtagsabgeordneten unseres Landtagswahlkreises ein, um eine Mehrheit für die Verabschiedung der Gesetze sicher zu stellen, damit die vorgesehenen Mittel unsere Stadt/Gemeinde auch tatsächlich erreichen?

Für eine Beantwortung der Anfragen in der kommenden Sitzung des Rates wäre ich sehr dankbar.

Mit freundlichem Gruß

Jürgen Dreiner-Wirz  
(Fraktionsvorsitzender)



Kreishaushalt OBK

Zu TOP 5  
Fischnovlage  
Anlage 8

Haushaltsplan 2011 bis 2014

Stand: 16.11.2011  
Version D1/2011

Eckdaten

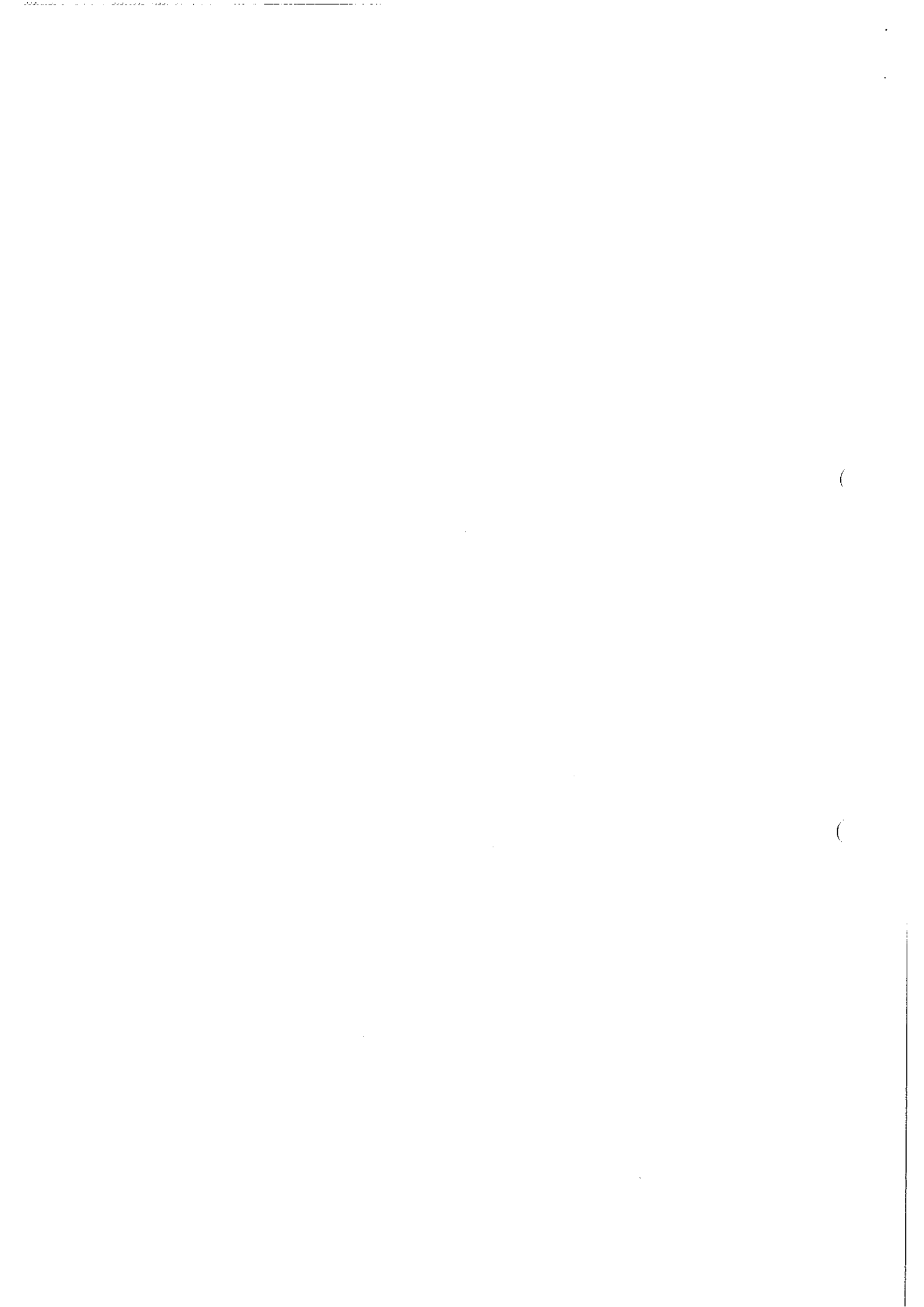
		Ansatz 2010	Ansatz 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
3.2	<b>Allgemeine Kreisumlage</b>					
3.2.1	Kreisumlagegrundlagen	302.667.396	280.088.408	291.459.997	306.936.523	321.516.008
	Veränderung gegenüber Vorjahr in %	-3,37	-7,46	4,05	5,31	4,75
3.2.2	E Kreisumlageaufkommen	123.700.165	127.440.226	132.614.299	139.656.118	146.289.784
3.3.	<b>Differenzierte Umlagen</b>					
3.3.1	Umlagegrundlagen Berufliche Schulen	260.919.475	241.454.882	251.257.950	264.599.747	277.168.235
3.3.2	Umlagegrundlagen Jugendamtsumlage	163.484.195	151.288.274	157.430.578	165.790.141	173.665.173
3.3.3	Umlagegrundlagen Kreisvolkshochschule	244.446.076	226.210.398	235.394.540	247.893.990	259.668.955
3.3.4	E Aufkommen Berufl. Schulen	5.109.272	5.658.407	6.077.114	6.287.517	6.330.562
3.3.5	E Aufkommen Jugendamtsumlage (einschl. VA + Nachzahlung RE 2008)	36.548.543	38.020.182	38.271.528	38.735.057	39.142.404
	davon Auswirkung RE 2008 (Abschlag)					
3.3.6	E Aufkommen Kreisvolkshochschule	652.016	599.662	587.108	582.658	591.908
3.4	<b>Kreisumlagehebesätze in %</b>					
3.4.1	Allgemeiner Kreisumlage-Hebesatz	40,8700	45,5000	45,5000	45,5000	45,5000
3.4.2	Mehrbelastung Berufsschulwesen	1,9582	2,3435	2,4167	2,3762	2,2840
3.4.3	Mehrbelastung Jugendamt	22,3560	25,1310	24,3101	23,3639	22,5390
3.4.4	Mehrbelastung KVHS	0,2667	0,2651	0,2494	0,2350	0,2279
3.4.5	Nachrichtlich: Allgemeiner Kreisumlage-Hebesatz einschl. Zuschlag i.H.v. 4,0 Mio. Euro p.a. ab 2010 zum Abbau der Altfehlbeträge aus dem bisherigen HSK (Überschussmodell)		46,9300	46,8700	entfällt	entfällt
			auf eine Erhebung wurde in 2009 u. 2010 verzichtet			

Haushaltsplan 2010 bis 2013

Stand: 18.03.2010  
Version D5 / 2010

Eckdaten

		Ansatz 2009	Ansatz 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013
3.2	<b>Allgemeine Kreisumlage</b>					
3.2.1	Kreisumlagegrundlagen	313.230.131	302.667.396	290.863.368	303.952.220	317.934.022
	Veränderung gegenüber Vorjahr in %		-3,37	-3,90	4,50	4,60
3.2.2	E Kreisumlageaufkommen	123.726.901	123.700.165	135.261.466	137.386.403	138.937.166
3.3.	<b>Differenzierte Umlagen</b>					
3.3.1	Umlagegrundlagen Berufliche Schulen	271.969.006	260.919.475	250.743.616	262.027.080	274.080.325
3.3.2	Umlagegrundlagen Jugendamtsumlage	164.915.105	163.484.195	167.108.312	164.178.187	171.730.383
3.3.3	Umlagegrundlagen Kreisvolkshochschule	253.509.719	244.446.076	234.912.679	245.483.760	255.776.002
3.3.4	E Aufkommen Berufl. Schulen	6.662.770	5.109.272	5.442.676	6.292.834	6.545.794
3.3.5	E Aufkommen Jugendamtsumlage (einschl. VA + Nachzahlung RE 2008)	39.238.182	38.548.543	35.859.486	35.498.506	37.200.469
	davon Auswirkung RE 2008 (Abschlag)	2.600.000				
3.3.6	E Aufkommen Kreisvolkshochschule	531.918	652.016	714.228	730.855	741.923
3.4	<b>Kreisumlagehebesätze in %</b>					
3.4.1	Allgemeiner Kreisumlage-Hebesatz	39,5000	40,8700	45,5000	45,2000	43,7000
3.4.2	Mehrbelastung Berufsschulwesen	2,4131	1,9582	2,1708	2,4016	2,3883
3.4.3	Mehrbelastung Jugendamt	22,2164	22,3560	22,8247	22,2310	21,6621
	zusätzlich für Abdeckung RE 2008 (2,6 Mio. €)	1,5766				
	Zwischensumme Hebesatz Jugendamt	23,7930				
3.4.4	Mehrbelastung KVHS	0,2019	0,2667	0,3040	0,2977	0,2689
3.4.5	Nachrichtlich: Allgemeiner Kreisumlage-Hebesatz einschl. Zuschlag i.H.v. 4,0 Mio. Euro p.a. ab 2010 zum Abbau der Altfehlbeträge aus dem bisherigen HSK (Überschussmodell)			47,8700	46,5100	entfällt
			auf eine Erhebung in 2009 wird verzichtet	auf eine Erhebung in 2010 wird verzichtet		



# Sozialdemokratische Partei Deutschlands

## Fraktion im Rat der Gemeinde Lindlar

SPD-Fraktion, Kamperstr. 28, 51789 Lindlar

Bürozeiten:  
Mo, Di 08:30-12:00 Uhr  
Do 09:00 – 12:00 Uhr

Herrn Bürgermeister  
Dr. Hermann-Josef Tebroke  
Rathaus

51789 Lindlar

7. Dezember 2010

### Antrag zum Haupt- und Finanzausschuss am 08.12.2010

hier: Nochmalige Konkretisierung unseres Antrages zur letzten Haupt- und Finanzausschusssitzung (Haushaltsberatungen)

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Dr. Tebroke,

zur Koordinierung der energie- und klimapolitischen Entwicklungsziele ist es dringend erforderlich ein integriertes Klimaschutzkonzept zu entwickeln. Die Fraktion der SPD **beantragt** somit, die für die Entwicklung des Konzeptes benötigten Finanzmittel, mindestens aber 15.000 € in den Haushalt 2011 einzustellen.

#### Begründung:

Aus Sicht der SPD ist es dringend erforderlich, zur Koordinierung der energie- und klimapolitischen Entwicklungsziele der Gemeinde Lindlar ein integriertes Klimaschutzkonzept zu entwickeln, in dem das Ziel formuliert werden sollte, in den Bereichen Energieerzeugung, Energieeffizienz, Gebäudeenergiebedarf und Verkehr den CO<sub>2</sub> Ausstoß bis 2020 um mindestens 20 % bzw. erheblich zu reduzieren.

Es müsste somit eine vorrangige Intention der Verwaltung sein, diese Aufgabe mit den richtigen Impulsen für die zukünftige Entwicklung zu hinterlegen. Das drückt sich in einer Reihe von Zukunftsprojekten aus:

- Konsequente und kontinuierliche Prüfung des eigenen Gebäudebestandes auf mögliche energetische Optimierungen
- Sicherung des gemeindeeigenen Gebäudebestandes einschließlich Zukunftsorientierung
- Vernetzung der Gemeinde mit Fachkompetenzzentren für Energie in der Region (Holzcluster, Zebio)

SPD-Fraktion im Rat der Gemeinde Lindlar, Kamper Straße 28, 51789 Lindlar  
Tel.: 02266/45356, Fax 02266/471565, E-Mail: [info@spd-lindlar.de](mailto:info@spd-lindlar.de)  
Fraktionsvorsitzender: Jürgen Dreiner-Wirz, Gut Löh, 51789 Lindlar, Tel. 7855

- Zusammenarbeit mit Fachgremien in den Bereichen Energie, Biomasse, Aufbereitungs-, Bau- und Logistikstrukturen wie z.B. die Energieagentur, die Maßnahmen und Konzepte mit Förderprogrammen hinterlegt – Kommunaler Klimaschutz, European Energy Award etc.
- Reduzierung des Ressourcenverbrauches fossiler Energiestoffe unter ökologischen Gesichtspunkten wie z.B.: Nutzung von Windkraft (Deshalb ist die Ausweisung von Vorranggebieten zur Nutzung von Windkraft auf der Basis eines qualifizierten Gutachtens zwingend notwendig)

Mit freundlichen Grüßen

Lutz Freiberg  
(Stellv. Fraktionsvorsitzender)

## Haushaltssatzung der Gemeinde Lindlar für das Haushaltsjahr 2011

Aufgrund der §§ 78 ff. der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666 ff), zuletzt geändert am 30.06.2009 (GV. NRW. S. 380), hat der Rat der Gemeinde Lindlar mit Beschluss vom 16.12.2010 folgende Haushaltssatzung erlassen:

### § 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2011, der die für die Erfüllung der Aufgaben der Gemeinde voraussichtlich anfallenden Erträge und entstehenden Aufwendungen sowie eingehenden Einzahlungen und zu leistenden Auszahlungen und notwendigen Verpflichtungsermächtigungen enthält, wird

im Ergebnisplan mit

Gesamtbetrag der Erträge auf  
Gesamtbetrag der Aufwendungen auf

33.262.673 EUR  
39.874.211 EUR

im Finanzplan mit

Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf  
Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf

34.526.460 EUR } *Nach Besch. Aufs*  
34.469.379 EUR } *HFF*

Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit  
und der Finanzierungstätigkeit auf

1.742.000 EUR

Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit  
und der Finanzierungstätigkeit auf

3.298.800 EUR

festgesetzt.

*zu TOP 7  
Anlage 10*

§ 2

0 EUR

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme für Investitionen erforderlich ist, wird auf festgesetzt.

§ 3

1.900.000 EUR

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen, der zur Leistung von Investitionsauszahlungen in künftigen Jahren erforderlich ist, wird auf festgesetzt.

§ 4

6.611.538 EUR

Die Verringerung der allgemeinen Rücklage zum Ausgleich des Ergebnisplans wird auf festgesetzt.

§ 5

35.000.000 EUR

Der Höchstbetrag der Kredite, die zur Liquiditätssicherung in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf festgesetzt.

§ 6

Die Steuersätze für die Gemeindesteuern werden für das Haushaltsjahr 2011 gemäß der Hebesatzsatzung der Gemeinde Lindlar wie folgt festgesetzt.

- 1. Grundsteuer
- 1.1 für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe 320 v.H.
- 1.2 für die Grundstücke 410 v.H.  
(Grundsteuer B) auf 450 v.H.
- 2. Gewerbesteuer auf

## § 7

1. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen von mehr als 10.000,00 EUR sind im Sinne des § 83 Abs. 2 GO NW als erheblich anzusehen und bedürfen der vorherigen Zustimmung des Gemeinderates.
2. Als geringfügige Investitionen nach dem Wortlaut des § 81 Abs. 3 Nr. 1 GO NW sind solche anzusehen, die einen Betrag von 10.000 € nicht überschreiten.
3. Als Investitionen unterhalb der Wertgrenze von 10.000,00 EUR, die zusammengefasst dargestellt werden, gelten die Beschaffungen geringwertiger Wirtschaftsgüter sowie kleinere Investitionen. Alle anderen Investitionen werden im Nachweis einzelner Investitionen separat ausgewiesen.
4. Soweit im Stellenplan der Vermerk „künftig wegfallend“ (kw) angebracht ist, dürfen freiwerdende Stellen dieser Besoldungsgruppe nicht mehr besetzt werden.
5. Soweit im Stellenplan der Vermerk „künftig umzuwandeln“ (ku) angebracht ist, sind freiwerdende Stellen dieser Besoldungsgruppe in Stellen niedrigerer Besoldungsgruppen oder in Stellen für tariflich Beschäftigte umzuwandeln.

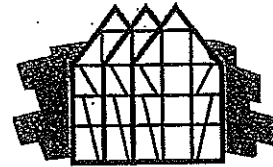
( )

( )

---

zu TOP 11  
Tischvorlage

1  
Anlage 11



**STADT WIEHL**

**Der Bürgermeister**

Stadt Wiehl · Postfach 1220 · 51656 Wiehl

Der Landrat  
des Oberbergischen Kreises  
Herrn Landrat Hagen Jobl  
Moltkestr.

51643 Gummersbach

Stadtverwaltung Wiehl  
Bahnhofstraße 1  
51674 Wiehl  
Tel.: 022 62/99-0  
Internet: www.wiehl.de

Telefax 02262/99-162  
Email: rathaus@wiehl.de

Besuchszeiten:

MO bis FR 8.30 – 12.00 Uhr  
DO zusätzl. 14.00 – 18.30 Uhr  
weitere Termine nach Vereinbarung

Telefondurchwahl

99-254

Auskunft erteilt

Herr Becker-Blonigen

Aktenzeichen

BM/B-B/eb

Datum

02.12.2010

### Konferenz der Bürgermeister und Beigeordneten im Oberbergischen Kreis am 30.11.2010

Hier: Kreisumlage 2011 und Befindlichkeit in der Beziehung Kreis und kreisangehörige Kommunen

Sehr geehrter Herr Landrat Jobl,

unter Bezugnahme auf die oben genannte Besprechung, in der neben der beabsichtigten Anhebung der Kreisumlage auch einige Aspekte des Zusammenwirkens von Kreis und kreisangehörigen Gemeinden eine Rolle spielten, möchte ich Sie kurz über die wesentlichen Ergebnisse informieren.

1. Die oberbergischen Kommunen verkennen nicht, dass die Haushaltslage des Kreises durch die Umlage des Landschaftsverbandes, durch zahlreiche gesetzliche Vorgaben des Landes und vor allem des Bundes eine starke Belastung erfährt. Wie vom Kreis immer wieder betont, sind die meisten Ausgaben Ausdruck gesetzlicher Verpflichtung und nur wenige Prozent des Kreisshaushaltes „freiwillig“ und disponibel. Nach gründlicher Analyse sieht der Kreis kein Haushaltskonsolidierungspotenzial und betrachtet die Erhöhung der Kreisumlage um 6 Prozentpunkte als zwangsläufige Folge dieser Haushaltssituation.

Wenn dem so ist, kommen die Bürgermeister der kreisangehörigen Kommunen zu der Schlussfolgerung, dass, um die dramatische Situation, deren Ursache und deren Folgen deutlich zu machen, eine offene Ausweisung des Haushaltsdefizits 2011 unter Verzicht auf eine Kreisumlageerhöhung die richtige Antwort wäre. Sie beziehen sich dabei unter anderem auch auf die Präsentation des Kreisshaushaltes des Rheinisch-Bergischen Kreises in der Berichterstattung der Kölni-

Sparkasse Wiehl  
Volksbank Oberberg

32148  
330 019

BLZ 384 521 90  
BLZ 384 621 35

(IBAN DE 92 3845 2490 0000 3214 48  
(IBAN DE 35 3846 2135 0000 3300 19

BIC WELA DE D1 WIE  
BIC GENO DE D1 WIL

schen Rundschau vom 26.11.2010, in der dieser Weg geschildert wird.

Sodann sind die Bürgermeister der oberbergischen Kommunen der Meinung, dass der Kreis unter Vorlage des defizitären Haushaltes und der Schilderung dessen Ursachen den Konflikt mit der Aufsichtsbehörde Reglerungspräsident nicht scheuen sollte. Die entsprechende zu erwartende Anweisung des Reglerungspräsidenten wäre einer rechtlichen Überprüfung zu unterziehen, wobei die kreisangehörigen Kommunen im Schulterschluss mit dem Kreis die Erdrösselungswirkung einer Kreisumlageerhöhung und einer weiteren Finanzierung von Landes- und Bundesaufgaben über die Umlage auf die verfassungsmäßigen Grenzen zurückzuführen hätten. Aus Sicht der kreisangehörigen Kommunen könnte so ein Schulterschluss des Kreises und der Kommunen gegen die Praxis der Lastenabwälzung und der finanziellen Aushöhlung der kommunalen Selbstverwaltung erfolgen. Wir sind zu einer kommunalen „Tea-Party“ bereit.

Sollte der Oberbergische Kreis, aus welchen Gründen auch immer, und in Abwägung aller Gesichtspunkte, eine solche Politik des Widerstandes und des Ungehorsams nicht verfolgen wollen, bliebe den kreisangehörigen Kommunen kein anderer Weg, als den der Klage gegen die Kreisumlage 2011, die sich in einer Erhöhung um 6 Prozentpunkte ausdrücken würde. Mit einer solchen Klage würden die Kommunen die verfassungsmäßigen Grenzen einer Abschöpfung kommunaler Steuereinnahmen durch Umlagen feststellen lassen und insbesondere der Erdrösselungswirkung von Umlagelasten Einhalt gebieten wollen. Sie beabsichtigen den Kerngehalt kommunaler Selbstverwaltung und deren finanzielle Basis zu verteidigen.

Ein solches Verfahren, an dessen Ende sodann klar werden sollte, ob und wie kommunale Selbstverwaltung auf der Ebene kreisangehöriger Städte und Gemeinden stattfinden kann, würde zur Klärung zukünftigen Handelns und verfassungspolitischen Selbstverständnisses unserer Demokratie beitragen. Für die Kommunen würde Klarheit geschaffen über den Rahmen ihrer originären Aufgabenwahrnehmung und ihrer Einschränkungen. Der dauerhafte und ständige Streit um die Finanzen in der kommunalen Familie könnte ein Ende finden und die Konsequenz, dass zum Beispiel Städte ohne eigenes Jugendamt eine Umlagelast von dann etwa 73% zu tragen hätten, müsste sich in der kommunalen Infrastruktur, die sich mit dem verbleibenden Rest finanzieller Ressourcen aufrecht erhalten ließe, widerspiegeln. „Blühende Landschaften“ lassen sich damit sicherlich nicht gestalten.

2. Die kreisangehörigen Städte und Gemeinden sind besorgt darüber, dass ohne Konsultation mit den oberbergischen Kommunen die Organisation der Rettungswachen den freien Trägern entzogen wird, über eine Organisation durch den Kreis 160 neue „Kreismitarbeiter“

entstehen, Overheadkosten und nicht abgedeckte Kosten des Betriebs zur Deckung über den allgemeinen Haushalt geführt werden könnten und organisationsstrukturelle Konzeptionen weder bekannt noch transparent gemacht oder mit den kreisangehörigen Kommunen diskutiert worden sind.

Nach dem formalen Recht ist dieses wohl auch außerhalb des Bedarfsplanes nicht erforderlich. Insoweit ist eine Einbeziehung der Vertreter des kreisangehörigen Raumes bei den Erwägungen zum Trägerwechsel nicht erfolgt, eine Unterstützung nicht für notwendig gehalten und die praktischen Auswirkungen für nicht relevant gehalten worden. Wir können dies nur zur Kenntnis nehmen.

3. Recht überraschend kam für die meisten Bürgermeister die Absicht des Kreises, den Gesellschaftszweck der OAG dahingehend zu verändern, dass diese Gesellschaft in Zukunft unter deutlicher Ausweitung ihres Gesellschaftszweckes Inhouse-Lösungen im Bereich des Gebäudemanagements, der Erstellung von Energieerzeugungsanlagen, des Straßenbaus und deren Unterhaltung sowie anderer vergleichbarer Dienstleistungen erbringen soll. Zu diesem Zwecke sollen Sparkassen und Volksbanken ihre Geschäftsanteile bei der OAG aufgeben und die einstmals dem ökonomischen und sozialen Aufbau unserer oberbergischen Region dienende Funktion in ihrem Wesensgehalt verändern. Es wäre für die kommunalen Mitgesellschafter interessant gewesen diese neu zu definierenden Ziele auf breiter Basis kennenzulernen, sie zu diskutieren und im Sinne eines Jahrzehntealten „Gemeinschaftswerkes“ mitzutragen. Leider ist dies nicht geschehen, was wir zur Kenntnis nehmen müssen, aber bedauern.
4. Ohne weitere Themenkreise streifen zu wollen und ohne den „stillen Eintritt“ des Oberbergischen Kreises in die Bildungslandschaft der Region mit seinem Wirtschaftsgymnasium „Hepel“ noch vertiefen zu wollen, möchte ich auf einen letzten Themenbereich zu sprechen kommen, der in guten Gesprächen und abschließender alsbaldiger zu formulierender Übereinkunft einen positiven Abschluss finden sollte. Es handelt sich um die Bewerbung als „Options-Kreis“ zur Ablösung der bisherigen dezentralen Arbeitsverwaltung der ARGE zwischen Bundesanstalt für Arbeit und Kommunen.  
Die kreisangehörigen Kommunen sind fast einmütig der Auffassung, dass dem in den bisherigen Gesprächen und Verhandlungen entstandenen Vertrauen zur Konzeption des Kreises am ehesten das Empfinden der gesicherten Erkenntnis zuwachsen würde, wenn, neben der gesicherten Rechtsform einer finanziell „wasserdichten“ Organisationsform, ein Zeichen des Kreises gesetzt würde, aus dem die kreisangehörigen Kommunen den Schluss ziehen könnten, dass der Kreis weitere Belastungen der kreisangehörigen Kommunen verlässlich vermeiden wird.  
Am naheliegendsten wäre es, wenn dies im Rahmen der aktuellen Haushaltsdiskussion stattfände und hier nicht noch eine zusätzliche

Befürchtung finanzieller Belastung über mittelbare Auswirkungen der Übernahme von über 100 Beschäftigten aus dem Kreis der ARGE Nahrung fände. Um die Zustimmung der Kommunen zu erleichtern, wäre ein klares Wort des Kreises im Zusammenhang mit der Haushaltseinbringung von Nöten.

5. Sehr geehrter Herr Landrat, die atmosphärischen Rahmenbedingungen weiterer Zusammenarbeit zwischen Kreis und kreisangehörigen Gemeinden sind schwierig und nicht ideal. Ich möchte im Namen meiner Kollegen darum bitten, zu dem hier geschilderten komplexen Thema ein Zeichen zu setzen, das es ermöglichen könnte, ähnlich dem Kollegenkreis im Rheinisch-Bergischen Kreise, zu sagen: „Unser Kreis, unser Landrat und unser Kreistag nehmen die Verantwortung in der kommunalen Familie ernst und möchten nicht auf Kosten der Städte und Gemeinden leben. Unser Kreis verhält sich anders als die anderen Kreise. Trotz der schlechten finanziellen Situation. Er übt Solidarität mit den Kommunen.“ Wir schauen mit Wehmut in den rheinisch-bergischen Kreis und wünschen uns nichts mehr, als dass im oberbergischen Kreis eine entsprechende Schlussfolgerung möglich sein könnte.

In der Hoffnung und dem Wunsch, im Ringen um die Sache den Respekt vor den handelnden und verantwortenden Menschen nicht zu verlieren, verbleibe ich  
in alter Verbundenheit

  
Werner Becker-Blonigen

Kopie: Bürgermeister des Oberbergischen Kreises



OBERBERGISCHER KREIS  
DER LANDRAT

Herrn Bürgermeister  
Werner Becker-Blonigen  
Rathaus  
51674 Wiehl

Gummersbach, 07. Dezember 2010

### Antrag der Grünen/SPD zur kommenden Kreistagssitzung

Sehr geehrter Herr Becker-Blonigen,

als Anlage übermittele ich Ihnen eine Kopie des Antrags vom 1. Dezember 2010 der beiden Kreistagsfraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD.

Wie Sie daraus ersehen, möchten die Antragsteller eine Beteiligung der Kommunen an den Beratungen des kommenden Kreishaushalts durch die Einladung aller dreizehn Bürgermeister mit Rederecht zu einer öffentlichen Sitzung des Kreisfinanzausschusses.

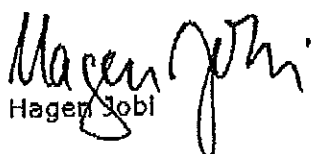
Wie der Vorsitzende der CDU-Kreistagsfraktion mitgeteilt hat, hält er eine öffentliche Sitzung in dem angesprochenen Rahmen als Einstieg in die Beteiligung der Kommunen zu den Beratungen des Kreishaushaltes 2011 für wenig geeignet.

Ihm schwebt stattdessen vor, dass der Kreistag den Landrat beauftragt, mit Ihnen als dem Sprecher der oberbergischen Bürgermeister abzusprechen, wie die demnach von allen Fraktionen des Kreistages gewünschte Beteiligung, über die gesetzlich vorgeschriebene Beteiligung hinaus, erfolgen soll.

Bitte teilen Sie mir zur Sitzung des Kreistages mit, welcher der beiden Vorschläge Ihnen als der geeignetere erscheint.

Gerne würde ich Ihre Meinung in die Beratungen des Kreistages einbringen.

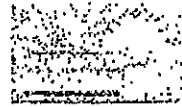
Mit freundlichen Grüßen

  
Hagen Jobl

Seite 1 von 1

Bündnis 90/Die Grünen • Kreistags-SPD  
Kreistagsfraktionen Oberbergischer Kreis

Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen – Köhler Straße 276 – 51643 Gummersbach  
Kreistagsfraktion SPD – Moltkestraße 1 – 51643 Gummersbach



An den  
Landrat des Oberbergischen Kreises  
Herrn Hagen Jobl  
Kreishaus – Moltkestraße 42  
51643 Gummersbach

01. Dezember 2010

### Antrag zur Kreistagssitzung am 09.12.2010

Sehr geehrter Herr Landrat,

hiermit beantragen die Kreistagsfraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und SPD:

Der Oberbergische Kreistag befürwortet eine bessere Beteiligung der oberbergischen Kommunen bei der Beratung des Kreishaushaltes.

Um diese Beteiligung der Kommunen des Oberbergischen Kreises sicher zu stellen, wird der Beratung des Kreishaushaltes in den Fachausschüssen eine Sitzung des Finanzausschusses vorangestellt.

Zu dieser Finanzausschusssitzung werden alle Bürgermeister der oberbergischen Kommunen eingeladen. Sie erhalten dort die Möglichkeit, Ihre Anregungen bzw. Einwendungen zum Kreishaushalt vorzutragen. Darüber hinaus können in dieser Finanzausschusssitzung Fragen, die sich im Rahmen der Haushaltsberatungen der Fraktionen ergeben haben, geklärt werden.

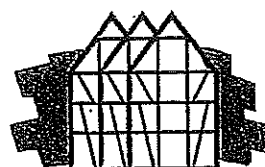
Die Begründung erfolgt in der Kreistagssitzung.

Mit freundlichen Grüßen

*Helmut Schäfer*

Helmut Schäfer  
B90/Die Grünen Fraktionssprecher

gez. Ralf Wurth,  
SPD-Fraktionsvorsitzender



# STADT WIEHL

## Der Bürgermeister

Stadt Wiehl · Postfach 12 20 · 51656 Wiehl

Stadtverwaltung Wiehl  
Bahnhofstraße 1  
51674 Wiehl  
Tel.: 022 62/99-0  
Internet: www.wiehl.de

Der Landrat  
des Oberbergischen Kreises,  
Herrn Landrat Hagen Jobl  
Moltkestr.

Telefax 02262/99-152  
Email: rathaus@wiehl.de

51643 Gummersbach

Besuchszeiten:  
MO bis FR 8.30 – 12.00 Uhr  
DO zusätzl. 14.00 – 18.30 Uhr  
weitere Termine nach Vereinbarung

Telefondurchwahl	Auskunft erteilt	Aktenzeichen	Datum
99-253	Herr Becker-Blonlgen	BM/B-B/eb	8.12.2010

### Antrag der Grünen/SPD zu kommenden Kreistagssitzung

Hier: Ihr Schreiben vom 07.12.2010

Sehr geehrter Herr Landrat Jobl,

zunächst einmal herzlichen Dank für die Kopie des Antrages der beiden Kreistagsfraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD vom 01.12.2010.

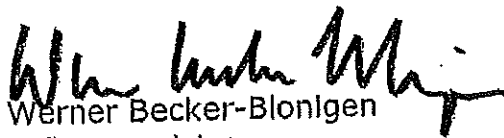
Die Bürgermeister der 13 oberbergischen Kommunen begrüßen jede Form des kritischen Dialogs und der argumentatorischen Vertiefung der Diskussion um die Auswirkungen der Beschlussfassungen zum Kreishaushalt 2011.

In der Annahme, in etwa den Meinungskorridor der meisten Kollegen zu diesem Thema erfasst zu haben, rege ich an, als Beratungs- und Arbeitsgremium einen Arbeitskreis des Finanzausschusses des Kreises und der oberbergischen Bürgermeister, ähnlich dem Arbeitskreis SGBII zur Vorbereitung der Antragstellung als Optionskreis, einzurichten. Ein solcher Arbeitskreis könnte unter Beteiligung aller Fraktionen des Kreistages und einer repräsentativen kleineren Zahl von Bürgermeistern gebildet werden. Der Vorteil läge in einer anschließenden thematisch und argumentatorisch gestrafften Diskussion im angeregten „Plenum“ des Finanzausschusses mit allen 13 Bürgermeistern. Darüber hinaus, und dies wäre wichtig, könnte in einem solchen Arbeitskreis, selbst wenn dessen Beratungsergebnis ein offener Dissens sein sollte, ein nicht druckreifer Diskurs zur Klärung in der Sache stattfinden.

Neben der allgemeinen Diskussion mit dem Anspruch von Transparenz und Nachvollziehbarkeit und dem Zwang zur vermittelbaren Präsentation,

sollte es eine Arbeitsebene geben, die die für alle relevanten Argumentations- und Betrachtungslinien herausarbeitet. Natürlich wäre es sinnvoll, die Beratungen alsbald und wenn möglich vor den entscheidungserheblichen Beschlussfassungen in den Fachausschüssen durchzuführen. Da diese aber nicht die Entscheidungshoheit von Kreistag und Ausschüssen in Frage stellen sollen, wäre die detaillierte Beratungschronologie auch nicht zu eng zu fassen.

In der Hoffnung Ihnen mit meinen Ausführungen gedient zu haben,  
verbleibe ich  
mit freundlichen Grüßen

  
Werner Becker-Blonigen  
-Bürgermeister-